

AMTSBLATT

DER BUNDESSTADT BONN

55. Jahrgang

23.08.2023

Nummer 42

Niederschrift

über die Sitzung des Rates

am Montag, den 19.06.2023, um 19.00 Uhr,

im Stadthaus, Ratssaal, Berliner Platz 2, 53111 Bonn

Niederschrift

Sitzung des Rates

Sitzungstermin:	Montag, 19.06.2023
Sitzungsbeginn:	19:03 Uhr
Sitzungsende:	20:08 Uhr
Ort, Raum:	Stadthaus, Ratssaal

Anwesend

Vorsitz

Katja Dörner

Mitglieder

Lena Cornelissen

Dr. Daniel Rutte

Dr. Annette Standop

Friederike Dietsch

Stefan Freitag

Melanie Grabowy

Clara Hennes

Prof. Dr. Detmar Jobst

Anja Lamodke

Malte Lömpcke

Dr. Christian Möller

Dr. Roswitha Sachsse-Schadt

Florian Schaper

Niklas Schnell

Nicole Unterseh

bis 19:48 Uhr

Michael Wenzel

MdL Guido Déus

Reiner Burgunder

Georg Goetz

Rainer Haid

Sabine Kramer

Jan Claudius Lechner

Torben Leskien

David Lutz

Julia Polley

Georg Schäfer

Enno Schaumburg

Feyza Yildiz
Max Biniek
Dörthe Ewald
Dr. Nico Janicke
Peter Kox
Gabi Mayer
Benedikt Pocha
Alois Saß
Bernd Weede
Fenja Wittneven-Welter
Werner Hümmrich
Achim Schröder
Dr. Michael Faber
Jürgen Repschläger
Julia Schenkel
Marcel Schmitt
Johannes Schott
Kirsten Walbröl
Dr. Albert Weidmann
Dr. Dominik Maxein
Beate Saul
Hartwig Lohmeyer
Dr. Gerhard Fischer
Paula Erdmann
Thomas Fahrenholtz

Verwaltung

Annette Boemer	online zugeschaltet
Dr. Philipp Hoffmann	online zugeschaltet
Thomas Kaut	online zugeschaltet
Barbara Löcherbach	
Wolfgang Fuchs	
Helmut Wiesner	
Victoria Appelbe	online zugeschaltet
Dr. Birgit Schneider-Bönninger	
Folke große Deters	
Dr. David Thyssen	

Schritfführung

Sina Voll
Christian Rosenberg

Abwesend

Mitglieder

Rolf Beu	entschuldigt
Prof. Dr. Norbert Jacobs	entschuldigt
Christoph Jansen	entschuldigt
Bert Moll	entschuldigt
Dr. Ursula Sautter	entschuldigt
Jürgen Wehler	entschuldigt
Angelika Esch	entschuldigt
Gieslert Grenz	entschuldigt
Petra Nöhring	abwesend
Claudia Falk	entschuldigt
Friederike Martin	entschuldigt
Brigitta Poppe-Reiners	entschuldigt
Prof. Dr. Hans Neuhoff	abwesend
Özlem Yıldız-Üstündağ	abwesend

Verwaltung

Margarete Heidler	entschuldigt
Carolin Krause	entschuldigt

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- | | | |
|-----|--|-----------|
| 1 | Fragestunde öffentlich
- <i>entfällt</i> - | |
| 2 | Anerkennung der öffentlichen Tagesordnung | |
| 3 | Genehmigung der Niederschrift
- <i>entfällt</i> - | |
| 4 | Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen
- <i>entfällt</i> - | |
| 5 | Beschlüsse | |
| 5.1 | Umsetzung des Parkraumkonzepts Nordstadt,
Beschaffung von Parkscheinautomaten
Bereitstellung überplanmäßiger Mittel im investiven
Haushalt
Finanzstelle 5.66.00.1205.1001, Finanzposition
78.3100 | 231067 |
| 5.2 | Bebauungsplan Nr. 6819-1 - Ludwig-Erhard-
Allee/Carlo-Schmidt-Straße
- Fällung von 10 Alleebäumen | 231073 |
| 5.3 | Antragstellung im Landesförderprogramm
„Zukunftsfähige Innenstädte und
Ortszentren“ | 231008 |
| 6 | Anträge | |
| 6.1 | Zielbeschluss zur Errichtung eines ca. 20-
geschossigen gemischt genutzten Hochhauses im
Bereich Godesberger Allee/Hochkreuzallee, im
Stadtbezirk Bad Godesberg, Ortsteil Friesdorf | 220837-05 |
| 6.2 | CDU-Antrag: Sicherheit, Ordnung und Sauberkeit in
Bonn | 230632 |

6.2.1	CDU-Antrag: Sicherheit, Ordnung und Sauberkeit in Bonn	230632-001 ST
6.3	BBB-Antrag: Erfüllungsquote zur Aufnahme von Geflüchteten	230756
6.3.1	Erfüllungsquote zur Aufnahme von Geflüchteten	230756-001 ST
6.4	CDU-Antrag zur „Münsteraner Erklärung“	231001
6.4.1	CDU-Antrag zur „Münsteraner Erklärung“	231001-01 ST
6.5	BBB-Antrag Neue Markierung für Umweltpur Hermann-Wandersleb-Ring	231083
6.6	BBB-Dringlichkeitsantrag: Übergriffe religiös extremistischer Schülergruppen	231106
7	Mitteilungen	
7.1	Konkretisierung des Raumprogramms Stadthalle Bad Godesberg	221621-11
	Umsetzung der Beschlüsse des Rates aus der Ratssitzung vom 23.03.2023, DS-Nr. 221621-03 hier: Ziffer 7.: Öffnung sämtlicher Räume in der Stadthalle, die nicht zwingend aus Sicherheitsgründen geschlossen werden müssen sowie Einrichtung eines Projektbeirates zur Sanierung der Stadthalle Bad Godesberg	
7.2	Bericht Mitteilungsvorlage zum mündlichen Änderungsantrag zur SPF 2023/2024 (DS 221663, hier –01 ST) - K. u. – Vermerke an den Stellen der Beratung von HIV-Infizierten oder an AIDS erkrankten Personen	221663-07

7.3	Einleitungsbeschluss sowie Beschluss zur öffentlichen Auslegung des Entwurfs des vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. 7014-1 "Deutscherrenstraße 175-187", Stadtbezirk Bad Godesberg, Ortsteil Lannesdorf - hier: Mitteilung zu Prüfauftrag unter Ziff. A des Beschlusses des Rates zu DS 221871 am 23.03.2023	221871-04
7.4	Sachstand - Konzepterstellung "Sicherheit, Ordnung, Sauberkeit" in Bonn	222378-01
7.5	Grünrahmenplan Bundesviertel	230210
7.6	Information über die bislang im Zusammenhang mit der Unterbringung, Versorgung und Betreuung von ukrainischen Geflüchteten entstandenen Kosten	230262-01
7.7	Zwischeninformation zum Stand der Fortschreibung des Einzelhandels- und Zentrenkonzeptes	230488
7.8	Eigenwirtschaftlicher Glasfaserausbau der Westconnect GmbH	230531
7.9	Forum Exilkultur Bonn - Ergebnisse der Machbarkeitsstudie zum Windeckbunker	230553
7.9.1	Forum Exilkultur Bonn - Ergebnisse der Machbarkeitsstudie zum Windeckbunker	230553-01 ST
7.10	Sachstand Programmbüro Soziale Gerechtigkeit	230787
7.11	Richtlinie zur Aufstellung des NKF-Gesamtabschlusses der Bundesstadt Bonn (Gesamtabschlussrichtlinie)	230798
7.12	Neues Förderangebot der Landesinitiative "Zukunft.InnenStadt.Nordrhein-Westfalen	230806

7.13	Denkmalgerechte Instandsetzung und Modernisierung der Beethovenhalle; hier: Bericht zum aktuellen Projektstand, Stand: Mai 2023	230872
7.13.1	Denkmalgerechte Instandsetzung und Modernisierung der Beethovenhalle; hier: Bericht zum aktuellen Projektstand, Stand: Mai 2023	230872-02 ST
7.14	Controllingbericht der Stabsstelle Konferenzzentrum/Beethovenhalle für das I. bis IV. Quartal 2022 (Stichtag 31.12.2022)	230914
7.15	Bewilligung über- und außerplanmäßiger Aufwendungen und Auszahlungen gemäß § 83 (1) GO NRW bzw. § 85 (1) GO NRW durch die Stadtkämmerin - Liste 1/2023	230978
7.16	Sachstand Resolution zur Geburtshilfe in Bonn	230991
7.17	Tagesordnungspunkte der nichtöffentlichen Sitzung	231095
8	Aktuelle Informationen der Verwaltung	
8.1	Aktueller Stand Solidaritätspartnerschaft Cherson	

Protokoll

Öffentlicher Teil

-
- 1 Fragestunde öffentlich**
- entfällt -

-
- 2 Anerkennung der öffentlichen Tagesordnung**

ungeändert beschlossen

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei Enthaltung BBB

Oberbürgermeisterin Dörner eröffnet um 19.03 Uhr die öffentliche Sitzung des Rates. Auf Ihre Frage, ob Bedenken gegen eine Übertragung der Sitzung im Live-Stream und Speicherung im Sitzungsarchiv bestehen, werden keine Bedenken erhoben.

Die Tagesordnung wird ungeändert anerkannt.

Tagesordnungspunkt 6.6 wurde mit Mehrheit gegen BBB, FDP, AfD nicht auf die Tagesordnung aufgenommen.

An einer Aussprache beteiligten sich:

Stv. Dr. Faber -Linke- und Stv. Schmitt -BBB-, die für und gegen die Dringlichkeit von TOP 6.6 sprachen.

-
- 3 Genehmigung der Niederschrift**
- entfällt -

4 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen

- entfällt -

5 Beschlüsse

**5.1 Umsetzung des Parkraumkonzepts Nordstadt,
Beschaffung von Parkscheinautomaten**

**Bereitstellung überplanmäßiger Mittel im investi-
ven Haushalt**

231067

**Finanzstelle 5.66.00.1205.1001, Finanzposition
78.3100**

ungeändert beschlossen

Abstimmungsergebnis:

Mehrheit gegen BBB, AfD, FDP und CDU

Beschluss:

Der überplanmäßigen Mittelbereitstellung für die Beschaffung von
Parkscheinautomaten wird zugestimmt:

Empfänger:

FiSt: 5660012051001

Bezeichnung: Parkscheinautomaten

FiPo: 78.3100

Bezeichnung: Ausz.Ew.Vm.o.h.W800€

Betrag: 200.000 EUR

Sender:

FiSt: 5660612011343

Bezeichnung: Hohe Str. BN

FiPo: 78.5200

Bezeichnung: Ausz. Tiefbaumaßnahm.

An einer Aussprache beteiligten sich:

Stv. Schmitt -BBB-, Stv. Lutz -CDU- sowie StBR Wiesner.

**5.2 Bebauungsplan Nr. 6819-1 - Ludwig-Erhard-
Allee/Carlo-Schmidt-Straße**
- Fällung von 10 Alleebäumen **231073**

ungeändert beschlossen

Abstimmungsergebnis:

Mehrheit gegen BBB und RheinGrün bei Enthaltung Stv Fahrenholtz -parteilos-

Beschluss:

Der Rat der Stadt Bonn hält den Widerspruch des Naturschutzbeirates (DS- Nr. 230422, vom 31.05.2023) zu der beabsichtigten Befreiung der Unteren Naturschutzbehörde (UNB) für die Genehmigung der Fällung von zehn Alleebäumen im Bereich der Ludwig-Erhard-Allee für unberechtigt. Die Befreiung (nach BNatSchG § 67, Absatz 1 und 2) für die Fällung der Alleebäume für die geplante Erschließung des künftigen Standorts des Europäischen Zentrums für mittelfristige Wettervorhersage (EZMW) soll erteilt werden.

An einer Aussprache beteiligten sich:

Stv. Schmitt -BBB-, Stv. Lohmeyer -RheinGrün- sowie StBR Wiesner.

**5.3 Antragstellung im Landesförderprogramm „Zu-
kunftsfähige Innenstädte und
Ortszentren“** **231008**

ungeändert beschlossen

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Beschluss:

Der Rat nimmt die Absicht der Verwaltung, einen Antrag im Förderauftrag „Zukunft.InnenStadt“ zu stellen, zur Kenntnis. Der Rat stimmt der Verwendung der Eigenmittel in Höhe von insgesamt ca. 205.880 Euro (40% der Gesamtkosten) zu.

An einer Aussprache beteiligten sich:

Es erfolgte keine Aussprache.

6 Anträge

6.1 Zielbeschluss zur Errichtung eines ca. 20-geschossigen gemischt genutzten Hochhauses im Bereich Godesberger Allee/Hochkreuzallee, im Stadtbezirk Bad Godesberg, Ortsteil Friesdorf **220837-05**

ungeändert beschlossen

Abstimmungsergebnis:

Satz 1: einstimmig

Punkt 3 Satz 1: Mehrheit gegen BBB

Punkt 3 Satz 5: Mehrheit gegen BBB und AfD

Übriger Punkt 3: Mehrheit gegen CDU, BBB, FDP, AfD und Stv. Fahrenholtz - parteilos-

alle weiteren Punkte: Mehrheit gegen BBB bei Enth. FDP

Beschluss:

Der Ratsbeschluss vom 9.2. wird aufgehoben. Er wird wie folgt neu gefasst:

1. Dem Antrag des Vorhabenträgers, Herrn Tang, Bonn auf Änderung des rechtskräftigen Bebauungsplanes Nr. 8018-57 für den Bereich Godesberger Allee / Hochkreuzallee mit dem planerischen Ziel zur Errichtung eines ca. 20-geschossigen hybrid genutzten Hochhauses wird zugestimmt.

2. Die Änderung erfolgt als vorhabenbezogener Bebauungsplanes Nr. 6817-3 gemäß § 12 BauGB in Verbindung mit § 13a BauGB (Bebauungsplan der

Innenentwicklung) mit einer frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß §3 (1) BauGB.

3. Der vom Vorhabenträger durchzuführende städtebauliche, hochbauliche und freiraumplanerische Wettbewerb unter Beteiligung von mindestens sechs Planungsbüros wird die Grundlage für das Bebauungsplanverfahren. Wichtiger Teil des hochbaulichen Wettbewerbs soll eine möglichst nachhaltige Materialität des Hochbaus sein, so dass ein Projekt entsteht, das den Nachhaltigkeitszielen der Bundesstadt Bonn gerecht wird. Dabei ist das cradle-to-cradle Prinzip (im Kreislauf führende Baustoffe) anzuwenden; dabei ist auch eine hybride Stahlbeton-Holzbauweise als Möglichkeit zu prüfen. Im Wettbewerb sollen 4 Planungsbüros mit Erfahrung im Bereich nachhaltigen Bauens gesetzt werden (teiloffener Wettbewerb). Der Anteil der gewerblichen Nutzung soll ein Drittel der gesamten Nutzfläche nicht überschreiten. Das Ziel einer möglichst einfachen späteren Umnutzung von Gewerbeflächen zu Wohnflächen soll Teil des Wettbewerbs sein. Dem Vorhabenträger ist die Errichtung von Sozialräumen bzw. Gemeinschaftseinrichtungen zur Auflage zu machen, um eine harmonische Hausgemeinschaft ("vertikale Nachbarschaft") zu fördern; das führt zu einem verbesserten Sicherheitsgefühl für alle Bewohner*innen. Die Wettbewerbsunterlagen werden dem Ausschuss für Wohnen, Planung und Bauen vor Auslobung zum Beschluss vorgelegt.

4. Die Verwaltung verfolgt mit der Neuaufstellung des Bebauungsplanes das Ziel der mehrfachen Innenentwicklung.

5. Aufgrund der Schaffung von Wohnraum und Büroflächen sowie der Bedeutung des Vorhabens für die Weiterentwicklung des Bundesviertels wird das Vorhaben prioritär bearbeitet.

6. Die Verwaltung prüft, ob die Tiefgarage auch als Quartiersgarage ausgeführt werden kann.

7. Das Gebäude soll mindestens in einem KfW-40 Standard errichtet werden.

8. Während Abriss- und Bauphase ist die Leistungsfähigkeit der Eisenbahnunterführung an der Hochkreuzallee zu jeder Zeit uneingeschränkt für den Schwerverkehr mit dem Ziel Gewerbegebiet Bad Godesberg Nord sowie den Busverkehr zu erhalten.

9. Die städtischen Alleebäume an der Hochkreuzallee zwischen B9 und Eisenbahnunterführung sind durch geeignete Maßnahmen zum Kronen- und Wurzelschutz sowie zur Wasserversorgung zwingend zu erhalten.

10. Der zum Tankstellengelände gehörende Grünstreifen ist zu erhalten.

11. Die Planung erfolgt unter der Maßgabe, dass die Umsetzung eines Schwammstadtkonzeptes in ausreichender Form berücksichtigt wird.

Der Tagesordnungspunkt soll auf die Tagesordnung des Städtebau- und Gestaltungsbeirats aufgenommen werden. Hier soll eine begleitende Teilnahme erfolgen.

An einer Aussprache beteiligten sich:

Stv. Dr. Rutte -Grüne-, Stv. Yildiz -CDU- und Stv. Schmitt -BBB-.

**6.2 CDU-Antrag: Sicherheit, Ordnung und Sauberkeit
in Bonn**

230632

abgelehnt

Abstimmungsergebnis:

abgelehnt mit Mehrheit gegen CDU, FDP, AfD, BBB, Stv. Fahrenholtz -
parteilos- bei Enthaltung RheinGrün und Stv. Erdmann -Die Partei-

Beschluss:

1. Die Verwaltung wird gebeten, im gerade in Arbeit befindlichen Konzept Sicherheit, Ordnung und Sauberkeit, folgende Themen zu berücksichtigen:
 - nachhaltige und unterstützende Einbindung der Bonner Bevölkerung im Sinne des Umweltschutzes, Vermüllung zu vermeiden sowie auf Einwegverpackungen zu verzichten.
 - aktive Aufklärungsarbeit vor allem im Bereich der Jugend- und Sozialarbeit seitens der Verwaltung berücksichtigen, um mehr Verantwortungsbewusstsein für das Thema Sauberkeit zu schaffen.
 - Einbindung von Erfahrungen aus anderen Städten
 - Umgang mit dem permanent steigenden Unsicherheitsgefühl sowie Beschwerdeaufkommen in der Bonner Bevölkerung
 - Erstellung einer Marketingkampagne zu diesen Themen.

2. Darüber hinaus wird die Verwaltung gebeten zu prüfen, ob im Rahmen der ordnungsbehördlichen Verordnung (Straßenordnung) inhaltliche oder finanzielle Anpassungen sinnvoll erscheinen, um entschiedener und ebenfalls nachhaltiger gegen Verstöße vorzugehen und die Ergebnisse des Konzeptes in eine ggfs. angepasste Straßenordnung einzubeziehen.

An einer Aussprache beteiligten sich:

Es hat keine Aussprache stattgefunden.

**6.2.1 CDU-Antrag: Sicherheit, Ordnung und Sauberkeit
in Bonn**

230632-001 ST

zur Kenntnis genommen

Die Stellungnahme wurde zur Kenntnis genommen.

**6.3 BBB-Antrag: Erfüllungsquote zur Aufnahme von
Geflüchteten**

230756

abgelehnt

Abstimmungsergebnis:

abgelehnt mit Mehrheit gegen BBB und AfD

Beschluss:

Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt,

1. sich an entsprechender Stelle des Landes dafür einzusetzen, dass künftig die Zahl der Geflüchteten in Unterkünften des Landes und des Bundes zu 100 % auf die Aufnahmequote der jeweiligen Kommune angerechnet wird,
2. die Erfüllungsquote Bonns auf 100 % zurückzuführen und diese abgesehen von unvermeidbaren Schwankungen nicht mehr darüber hinaus ansteigen zu lassen.

An einer Aussprache beteiligten sich:

Stv. Schmitt -BBB- Stv. Goetz -CDU-, Stv. Déus -CDU- sowie Bg Schneider-Bönninger.

Auf die Fragen von Herrn Stv. Schmitt -BBB- gibt die Verwaltung zu Protokoll:

1. Welche Kosten hat die Stadt Bonn pro Jahr zu bestreiten?
2. Werden die anfallenden Kosten pro Flüchtling vollständig ersetzt? Wenn nein, wie viel muss die Stadt Bonn pro Flüchtling pro Jahr selbst tragen?

Die Verwaltung gibt dazu folgende Antworten:

1. Welche Kosten hat die Stadt Bonn pro Jahr zu bestreiten?

Im Jahr 2021 betragen die Kosten (konsumtiv) im Zusammenhang mit der Unterbringung, Betreuung und Versorgung von Geflüchteten (ohne Ukraine) insgesamt 45.191.672,80 EUR, denen Erträge i. H. v. 27.216.279,56 EUR gegenüberstanden (Saldo: 17.975.393,24 EUR).

Für das Jahr 2022 stehen Gesamtkosten von (vorläufig) 49.755.993,60 EUR Erträge i. H. v. 29.422.068,80 EUR gegenüber. Die Kosten im Zusammenhang mit der Unterbringung, Betreuung und Versorgung von Geflüchteten aus der Ukraine werden aufgrund der Möglichkeit der Isolierung gesondert erfasst und sind in den o. g. Beträgen nicht enthalten. Es wird hierzu auf die regelmäßige dem Rat vorgelegten Mitteilungsvorlagen verwiesen.

2. Werden die anfallenden Kosten pro Flüchtling vollständig ersetzt? Wenn nein, wie viel muss die Stadt Bonn pro Flüchtling pro Jahr selbst tragen?

Die entstehenden Kosten hängen von dem Rechtskreis ab, aus dem die Geflüchteten Leistungen erhalten. Im Rechtskreis Asylbewerberleistungsgesetz erhält die Kommune eine monatliche Pauschale pro Person in Höhe von 1.125 € vom Land NRW. Darüber hinaus werden Krankenhilfeleistungen eines Jahres (entscheidend das Jahr der Leistungserbringung), die den Betrag von 35.000 € pro Person übersteigen, vom Land NRW erstattet. Alle darüberhinausgehenden Ausgaben sind von der Kommune zu tragen. Im Rechtskreis SGB II erhält die Kommune aktuell 68,4 % der Ausgaben für Unterkunft und Heizung vom Bund erstattet. Im Rechtskreis 4. Kapitel SGB XII (Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung) erhält die Kommune 100% aller Transferausgaben vom Bund erstattet. Im Rechtskreis 3. Kapitel SGB XII (Hilfe zum Lebensunterhalt) erhält die Kommune keine Ausgaben erstattet. Hier verbleiben alle Ausgaben bei der Kommune. Vor dem Hintergrund der rechtskreisabhängigen Erstattungen würde eine Pro-Kopf-Aufschlüsselung einen unverhältnismäßig hohen Arbeitsaufwand darstellen. Mit den vorhandenen personellen Ressourcen kann dies nicht geleistet werden.

6.3.1 Erfüllungsquote zur Aufnahme von Geflüchteten**230756-001 ST**

zur Kenntnis genommen

Die Stellungnahme wurde zur Kenntnis genommen.

6.4 CDU-Antrag zur „Münsteraner Erklärung“

231001

abgelehnt

Abstimmungsergebnis:

abgelehnt mit Mehrheit gegen CDU, BBB, AfD und Stv. Fahrenholtz -parteilos-

Beschluss:

(vorbehaltlich der Empfehlung im Sozialausschuss und Anhörung im Integrationsrat)

1. Der Rat der Bundesstadt Bonn begrüßt die Inhalte und Forderungen der am 11. Mai 2023 vom Präsidium des Städte- und Gemeindebundes NRW verabschiedeten „Münsteraner Erklärung“.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Erklärung sowie die darin enthaltenen wesentlichen Punkte und Forderungen den für unsere Stadt zuständigen Abgeordneten des Landtages, des Bundestages sowie des Europaparlaments umgehend und in geeigneter Weise zu übermitteln und dabei deutlich zu machen, dass die Beantwortung der drängenden Fragen der Kommunen keinen weiteren Aufschub dulden und nicht erst im November durch die Bundesregierung beantwortet werden dürfen.

An einer Aussprache beteiligten sich:

Stv. Goetz -CDU-, Stv. Kox -SPD-, Stv. Schenkel -Die Linke-, Stv. Prof. Jobst -Grüne- Stv. Schott -BBB-, Stv. Deus -CDU- sowie OB Dörner.

6.4.1 CDU-Antrag zur „Münsteraner Erklärung“

231001-01 ST

zur Kenntnis genommen

Die Stellungnahme wurde zur Kenntnis genommen.

**6.5 BBB-Antrag Neue Markierung für Umweltspur
Hermann-Wandersleb-Ring** **231083**

abgelehnt

Abstimmungsergebnis:

In namentlicher Abstimmung mit 32 zu 20 Stimmen abgelehnt

Beschluss:

Der Rat untersagt der Oberbürgermeisterin, solange die Umweltspur auf dem Hermann-Wandersleb-Ring zu weiteren Kosten von 120.000 EUR einzeichnen zu lassen, bis der Stadtrat entsprechend den vorliegenden Beschlüssen nach Evaluation über den laufenden Verkehrsversuch entschieden hat.

An einer Aussprache beteiligten sich:

Stv. Schmitt -BBB-, Stv. Polley -CDU-, Stv. Mayer -SPD-, Stv. Schröder -FDP-,
der namentliche Abstimmung beantragt.

**6.6 BBB-Dringlichkeitsantrag: Übergriffe religiös
extremistischer Schülergruppen** **231106**

bei Anerkennung der Tagesordnung nicht aufgenom-
men oder vertagt

Abstimmungsergebnis:

bei Anerkennung der TO nicht aufgenommen

**Der nicht in die Tagesordnung aufgenommene Beschlussvorschlag hatte
folgenden Wortlaut:**

1. Die Oberbürgermeisterin wird gebeten, in der Sitzung darzulegen,
 - a. an welchen öffentlichen Bonner Schulen und in welchem zahlenmäßigen Ausmaß ihr den Schulfrieden störendes Verhalten durch Übergriffe religiös extremistischer Schülergruppen bekannt geworden ist,
 - b. welche Erkenntnisse zu Frage a) welche erzieherischen Einwirkungen oder Ordnungsmaßnahmen nach sich gezogen haben,
 - c. wer in Person auf Basis welcher belastbaren Erkenntnisse die Integrationsbeauftragte der Stadt dazu ermächtigte, die fachliche Befähigung von Bonner Lehrkräften öffentlich zu diskreditieren.

2. Sofern der Oberbürgermeisterin in der Sitzung keine Angaben zu Ziffer 1 möglich sind, wird sie gebeten, diese dem Rat schriftlich bis zur nächsten Sitzung darzulegen.

3. Unabhängig von den Ziffern 1 und 2 wird die Oberbürgermeisterin beauftragt, dem Rat in seiner nächsten Sitzung einen Konzeptentwurf vorzulegen, wie Störungen des Lehrbetriebes unterbunden werden können. Das Skript soll insbesondere Angaben zu

- den Voraussetzungen und der Reihenfolge der zu ergreifenden erzieherischen Einwirkungen und Ordnungsmaßnahmen aller in § 53 (2) und (3) Schulgesetz NRW aufgeführten Maßnahmen,
- der frühzeitigen Einbindung und Rolle des städtischen Jugendamtes bei Minderjährigen sowie
- der Polizei bei Verdacht auf im Elternhaus begründete staatsfeindliche Tendenzen.

enthalten.

**7.1 Konkretisierung des Raumprogramms Stadthalle
Bad Godesberg**

**Umsetzung der Beschlüsse des Rates aus der
Ratssitzung vom 23.03.2023, DS-Nr. 221621-03
hier:**

**Ziffer 7.: Öffnung sämtlicher Räume in der Stadt-
halle, die nicht zwingend aus Sicherheitsgründen
geschlossen werden müssen sowie Einrichtung
eines Projektbeirates zur Sanierung der Stadthal-
le Bad Godesberg**

221621-11

zur Kenntnis genommen

Die Mitteilungsvorlage wurde zur Kenntnis genommen.

**7.2 Bericht Mitteilungsvorlage zum mündlichen Än-
derungsantrag zur SPF 2023/2024 (DS 221663,
hier –01 ST)**

**- K. u. – Vermerke an den Stellen der Beratung
von HIV-Infizierten oder an AIDS erkrankten Per-
sonen**

221663-07

zur Kenntnis genommen

Die Mitteilungsvorlage wurde zur Kenntnis genommen.

**7.3 Einleitungsbeschluss sowie Beschluss zur öf-
fentlichen Auslegung des Entwurfs des vorha-
benbezogenen Bebauungsplans Nr. 7014-1
"Deutschherrenstraße 175-187", Stadtbezirk Bad
Godesberg, Ortsteil Lannesdorf - hier: Mitteilung
zu Prüfauftrag unter Ziff. A des Beschlusses des
Rates zu DS 221871 am 23.03.2023**

221871-04

zur Kenntnis genommen

Die Mitteilungsvorlage wurde zur Kenntnis genommen.

-
- 7.4 Sachstand - Konzepterstellung "Sicherheit, Ordnung, Sauberkeit" in Bonn** **222378-01**
- zur Kenntnis genommen

Die Mitteilungsvorlage wurde zur Kenntnis genommen.

-
- 7.5 Grünrahmenplan Bundesviertel** **230210**
- zur Kenntnis genommen

Die Mitteilungsvorlage wurde zur Kenntnis genommen.

-
- 7.6 Information über die bislang im Zusammenhang mit der Unterbringung, Versorgung und Betreuung von ukrainischen Geflüchteten entstandenen Kosten** **230262-01**
- zur Kenntnis genommen

Die Mitteilungsvorlage wurde zur Kenntnis genommen.

-
- 7.7 Zwischeninformation zum Stand der Fortschreibung des Einzelhandels- und Zentrenkonzeptes** **230488**
- zur Kenntnis genommen

Die Mitteilungsvorlage wurde zur Kenntnis genommen.

-
- 7.8 Eigenwirtschaftlicher Glasfaserausbau der West-connect GmbH** **230531**
zur Kenntnis genommen

Die Mitteilungsvorlage wurde zur Kenntnis genommen.

-
- 7.9 Forum Exilkultur Bonn - Ergebnisse der Machbarkeitsstudie zum Windeckbunker** **230553**
zur Kenntnis genommen

Die Mitteilungsvorlage wurde zur Kenntnis genommen.

-
- 7.9.1 Forum Exilkultur Bonn - Ergebnisse der Machbarkeitsstudie zum Windeckbunker** **230553-01 ST**
zur Kenntnis genommen

Die Stellungnahme wurde zur Kenntnis genommen.

-
- 7.10 Sachstand Programmbüro Soziale Gerechtigkeit** **230787**
zur Kenntnis genommen

Die Mitteilungsvorlage wurde zur Kenntnis genommen.

-
- 7.11 Richtlinie zur Aufstellung des NKF-Gesamtabschlusses der Bundesstadt Bonn (Gesamtabschlussrichtlinie)** **230798**
zur Kenntnis genommen

Die Mitteilungsvorlage wurde zur Kenntnis genommen.

-
- 7.12 Neues Förderangebot der Landesinitiative "Zukunft.InnenStadt.Nordrhein-Westfalen" 230806**
- zur Kenntnis genommen

Die Mitteilungsvorlage wurde zur Kenntnis genommen.

-
- 7.13 Denkmalgerechte Instandsetzung und Modernisierung der Beethovenhalle; hier: Bericht zum aktuellen Projektstand, Stand: Mai 2023 230872**
- zur Kenntnis genommen

Die Mitteilungsvorlage wurde zur Kenntnis genommen.

-
- 7.13.1 Denkmalgerechte Instandsetzung und Modernisierung der Beethovenhalle; hier: Bericht zum aktuellen Projektstand, Stand: Mai 2023 230872-02 ST**
- zur Kenntnis genommen

Die Stellungnahme wurde zur Kenntnis genommen.

-
- 7.14 Controllingbericht der Stabsstelle Konferenzzentrum/Beethovenhalle**
für das I. bis IV. Quartal 2022 (Stichtag 31.12.2022) **230914**

zur Kenntnis genommen

Die Mitteilungsvorlage wurde zur Kenntnis genommen.

-
- 7.15 Bewilligung über- und außerplanmäßiger Aufwendungen und Auszahlungen gemäß § 83 (1) GO NRW bzw. § 85 (1) GO NRW durch die Stadtkämmerin - Liste 1/2023** **230978**

zur Kenntnis genommen

Die Mitteilungsvorlage wurde zur Kenntnis genommen.

-
- 7.16 Sachstand Resolution zur Geburtshilfe in Bonn** **230991**

zur Kenntnis genommen

Die Mitteilungsvorlage wurde zur Kenntnis genommen.

-
- 7.17 Tagesordnungspunkte der nichtöffentlichen Sitzung** **231095**

zur Kenntnis genommen

8 Aktuelle Informationen der Verwaltung

8.1 Aktueller Stand Solidaritätspartnerschaft Cherson

zur Kenntnis genommen

OB Dörner berichtet zu aktuellen Aktionen der Hilfe in der Bonner Partnerstadt.

Vorsitz:

Schriftführung:

gez. Katja Dörner

gez. Christian Rosenberg